

Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt
Abend - Ausgabe

Freitag, 8. Januar 1909

Ercheint täglich zweimal: Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementpreis für Berlin: frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.20

Haupt-Expedition: SW. Postamt, Straße 46/49.
Telephon: Amt 1 Nr. 1031-1048.
Offices: Reimnitzstr. 41, Postamtstr. 1,
Königsplatz 1-6, Potsdamerstr. 2, Große
Poststr. 21 u. 20, Postamtstr. 27,

Redaktion: Jerusalemstr. 46/49.
Manuskripten sind dem Redaktionssekretär zu bringen.

Chef-Redakteur: Carl Wolfrath, Berlin W.
Verlag: Druck Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Antwort.

In zwei offiziellen Blättern zugleich wird jetzt endlich auf die Neujahrsvorrede des Kaisers eingegangen. In der einen Erklärung, die die weitere unbegrenzte Erörterung der Ansprüche des Kaisers abschneiden will, wird angeführt, daß sich der Kaiser ja nur mit der militärischen Seite des Schießens Artikels identifiziert habe. In der anderen Erklärung heißt es:

Ein Blick auf die Form, die dem Kaiser angeeignet, angeht von dem Schießen stammenden Aufstoß der Deutschen Revue ist jedem Unbefangenen aus klarer, daß ein Vergleich mit der Veröffentlichung im „Daily Telegraph“ schießenddings unmöglich ist. Der Reichsfanzler kann es nicht begreifen, daß der deutsche Kaiser sich öffentlich mit dieser Form der Auslassungen in der „Deutschen Revue“ identifiziert, und der deutsche Kaiser kann die Veröffentlichung nicht gutgeheißener oder gar angeordnet haben, weil er durch die feindliche Auslegung vom 17. November verprochen hat, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern. Es wäre mit diesem Versprechen nicht zu vereinigen gewesen, wenn diese Ansprüche des Kaisers für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen wäre.

Weiter wird dann in der Manier der „Deutschen Tagesztg.“ und der „Frankf. Ztg.“ über die vorgekommene „Judisfiction“ geflagt.
Das Fazit bildet beiden Erklärungen ist: 1. Der Kaiser hat sich mit dem militärischen Inhalt des Artikels identifiziert; 2. der Reichsfanzler kann es nicht begreifen, daß es also deswegen wahrscheinlich auch nicht, daß der Kaiser sich öffentlich mit dem Artikel der „Deutschen Revue“ habe identifizieren wollen.

Daraus geht hervor, daß die Offiziellen auf die Kernfrage herumgehen wie die Rabe um den heißen Brei. Richtig ist die Frage: ob der Reichsfanzler überhaupt mit der Aussprüche einverstanden war, ganz gleich, ob sie für die Öffentlichkeit bestimmt war oder nicht. Denn die Wirkung der Ansprüche nach außen hin ist, wie die Stimmen der ausländischen Presse beweisen, absolut unabhängig davon, ob sie für einen engen oder weiteren Kreis bestimmt war.

Die Offiziellen müssen also schon geschickter arbeiten, um mit ihren Erklärungen eussliche Wirkungen zu erzielen. Eine Antwort selbst inoffiziell noch immer auf die schweren Angriffe der Militärpartei auf Bismarck. Ebenso wenig ist die Frage beantwortet, was der Reichsfanzler unternehmen hat oder unternehmen wird, um das gefährliche Schreiben dieser Partei, wie es im „Reichsboten“ zu Tage getreten ist, unschädlich zu machen.

Kriegskosten.

In dem Aufsatz des Grafen Schlieffen steht verdeckt hinter den politischen Ausführungen ein Satz, der es verdient, hervorgehoben zu werden:
„Alle künftigen Ausgaben vor den ungeheuren Kosten.“ (Militär eines Krieges).
So wenig man die Tatsache dem Politiker ist, so wahr ist sie, und sie erklärt wiederum Schlieffen's Ansicht über die Stelle, die sie anstrebt. Die Kriegskostenfrage kann eine Durchsicht des Angriffen-artikels genannt werden, ein Geheiß, das selbst ihnen einem Siege lautet. Sie vermag sogar für die drohende Situation zum Zwang zu werden, Frieden zu schließen.

Jeber Angewieser, der nicht in der Art des kleinen Politikers an Oesterreich's Grenzen handeln will, der aus den politischen Rücksichten heraus ist und einer großen, futurtragenden Nation angehört, macht, bevor der Finger den Abzug zum ersten Hüften-schusse bewahrt, keine Rechnung auf: Welche Kosten — welcher Gewinn?
Was sind nun „Kriegskosten“? Man versteht darunter die Ausgaben des inneren und des äußeren des Staats, die durch den Krieg entstehen sind. Ein Krieg verursacht direkte und indirekte Kriegskosten. Die direkten gehen hervor aus Arbeitsmachung, Demobilisierung, Aufmarsch, Verpflegung des erkrankten Mannschaften und der zu zahlenden Kriegskosten-schuldigung. Die indirekten Kriegskosten bestehen in dem Arbeitsverlust des kriegerischen Volkes, der Schädigung der Industrie und des Handels, der Verminderung des Eigentums und der geringeren Steuerkraft. Während sich die indirekten Kriegskosten auch nicht annähernd schätzen lassen, gewahren Zahlen wenigstens einen Anhalt über die direkten Kriegskosten.

Der mit einem Mannschaffstand von nur einigen Tausend geführte Einheitskrieg sollte aus 500 Millionen, die Kleinkrieg in Schwaben 1870/71 600 Millionen, Frankreich 1871/72, abgesehen von allen sonstigen direkten und indirekten Kriegskosten, die in einem Jahre und über entstanden, bei 39 Millionen Einwohnern 500 Millionen Kosten Kriegskosten-schuldigung an den Sieger. Der Japanische Krieg kostete Russland insgesamt bis jetzt 2322 Millionen Rubel. Japans Budget weist hierfür eine Zahlung von 5 Millionen Rubel nach.
Der „Unterhalt der 20 Millionen Schweizer Milizen“ wird erlösbart, selbst bei einer nur kurzen Kriegsdauer,

könnte uns ein Krieg im glücklichen Falle einer geringen Verlusten über sechs Milliarden oder mehr zu zahlen aufgeben.
Es würde hier zu weit führen, die Herkunft solcher Zahlenwerte nachzuweisen. Im Hinblick auf alle Umstände des Kriegszustandes, die Verpflegungssoldaten, die Sanitäts, Remonte, Invaliden, Heilanstalten, Materialkosten, sei nur erwähnt, daß der Munitionsvorrat eines einzigen Armeekorps von 30,000 Mann an Patronen etwa 4 Millionen Mark verbrauchte. Gebieten bestellte jährlich für sein Feldzeug für 25 Millionen Mark Patronen. — Ein einziger Schuß aus einem Feldgeschütz kostet 55 Mark, aus einem 20 Zentimeter-Schnellfeuergeschütz 1050 Mark, aus einer schweren Festungs-, Mörser- und Schiffkanone (30,5 Zentimeter) 6000 Mark. Gegen Straßburg allein verbrauchte unsere Artillerie 202099 Schuß, gegen Paris 110,266 Schuß.
Es ist heilsam, diese Zahlen sich von Zeit zu Zeit zu vergegenwärtigen, heilsam für die über Krieg und Frieden Entschlossenen, heilsam für die Vertreter des Volkes, heilsam für die Nationen.

Gegen das Schreckgespenst

der deutschen Invasion.

mit dem die reaktionären Kreise Oesterreichs operieren, um durch ihre Parteiliche zu fördern, wachte sich gegen den englische Kriegsminister Osborne in einer bemerkenswerten Rede. Wie uns aus London berichtet wird, beauftragte sich der Minister in einer Rede, die er in einer Völkerversammlung zu Gullane (Distrikt Galt Highlands, Süd-Schottland) hielt, mit den von Lord Roberts ausgeprochenen Behauptungen, daß ein 200,000 Mann starkes Heer in der Lage sei, die britische Invasion zu unternehmen könne. Er erklärte, England besitze einschließlich der Reserve eine reguläre Armee von 320,000 Mann, die besser ausgebildet sei als irgendeine andere, könne binnen kurzer Zeit vier Divisionen mobil machen und verlege über Wasser, Borräte und Munitionsläden. Die Mobilisierung von sechs Divisionen oder mehr ansieht. England habe einschließlich seiner Territorialarmee 527,000 Mann in Bereitschaft, um in einer Invasion zu unternehmen zu können. Deshalb sei er wegen der Handverbreitung in seiner Weise beunruhigt.

Offenlich lassen die besonnenen Elemente des englischen Volkes diesen Erklärungen des Kriegsministers diejenige Würdigung zuteil werden, die sie verdienen. Die reaktionären Geschichtspolitiker und einige ultraradikale Zeitungen werden natürlich damit fortfahren, in dem Phantom einer deutschen Invasion in England Kapital zu schlagen.

Die Licht- und Kraftwerke.

Wie ein Privat-Telegramm aus Karlsruhe meldet, erklärt die „Badische Presse“ von guterorientierter Berliner Seite, die Reichsregierung habe die Elektrizitätssteuererhöhung zurückgezogen. Diese Nachricht ist falsch.

Ein neuer Landesvertragsprozeß.

Nach einem Telegramm aus Leipzig begann heute vormittag vor dem zweiten und dritten Strafamt des Reichsgerichts die Verhandlung gegen den Maurer und Gasarbeiter Franz Josef Huber aus Würzburg. Huber ist in Baden, der bei Verbruch militärischer Geheimnisse bestraft wird. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft beantragte noch vor Beilegung des Eröffnungsbeschlusses die Ausschließung der Öffentlichkeit, das Gericht lehnte jedoch diesen Antrag ab mit dem Vorbehalt, die Öffentlichkeit im weiteren Verlaufe der Verhandlungen, wenn das nötig sein sollte, auszuschließen. Es sind fünfzehn Fragen und vier Entschuldigungen, darunter drei Verzeihungen, die sich über den Verbruch des Geheimnisses äußern. Huber wird bestraft, im Jahre 1906 in Baden und Ostpreußen über die Verfestigungsanlagen des Forts Spitzberg einen Jahrlang von 300 und 500 Franzosen angelegt zu haben. Der Angeklagte erklärte, er habe seit seiner Willkür dieser Dummheitszustände, in denen er nicht wolle, es zu tun. Im weiteren Verlaufe wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Gegen die Schundliteratur.

Der Zentralausschuß der Gesellschaft für Verbreitung von Volksschulung hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Verfolgung von Kinematographen-Bildern in die Hand zu nehmen. Dieser hochbedeutende Beschluß ist durch die Wahrnehmung veranlaßt worden, daß der Kinematograph vielfach zur Verführung mißbräuchlich, oft nicht einwandfreie Bilder auch in kleineren Orten mitgebracht wird. Die hohe technische Vollendung, die die Kinematographische Darstellung gegenwärtig erlangt hat, und die Fälle vorzüglicher Bilder, die für Kinematographische Verfolgungen zur Verfügung stehen, gestatten aber eine weitgehende Anwendung dieses modernen Veranschaulichungsmittels zum Zwecke der Volks- und Jugendbildung. Dadurch wird es möglich sein, die mißbräuchlichen Verfolgungen zurückzuführen und unschädlich zu machen. Die Gesellschaft hat einen bewährten Vortragsabend für diese Veranstaltungen gewonnen. Es sollen an den Abenden Kinematographische Vorführungen der Kinematographischen Bilder und von Kinematographischen Vorträgen, gehalten werden, die die Veranschaulichung von Kinematographischen Bildern in Bildungsbereichen stattfinden. Zunächst sind die östlichen Provinzen für die Veranstaltungen in Aussicht genommen.

Die sächsische Orthodoxie

treibt fast so erfolgreich wie die protestantische die Bevölkerung der evangelischen Landeskirche heraus. Die Zahl der u. s. g. getauften betrug 1904, die der Uebergetauften 1296 (gegen 1297 im Jahre 1906). Die zum Protestantismus

Uebergetauften gehörten meist der katholischen Kirche an; es waren dies 985 Personen. Zur katholischen Kirche sind von Evangelischen nur 47 (gegen 50 im Vorjahre, zu dem Protestantismus 297, zu den Deutschkatholischen 265, zu den Arianern neuerer Ordnung 216, zur Tempelgemeinde 138 Personen, der Rest ist zu anderen Konfessionen übergetreten. Vier Personen traten zum Arianismus über. Zu „keiner anderen Religionsgemeinschaft“ gingen als „Diffidenten“ 219 Personen. Wie bekannt, leistet die Orthodoxy die beste Vorarbeit für die Sekten, was sich auch in Preußen zur Genüge zeigt. In Berlin sind im letzten Berichtsjahre etwa 10,000 Evangelische aus der Landeskirche ausgehoben.

Die Ermordung des galizischen Statthalters.

Nach einem Telegramm aus Lemberg ist die Prüfung des Geisteszustandes des Kuthenen Siezbucki, der am 12. April vorigen Jahres einen Anschlag auf den Statthalter von Galizien, Grafen Potocki verübte, nunmehr zum Abschluß gelangt. Die Potocki traten zum Arianismus über. Zu „keiner anderen Religionsgemeinschaft“ gingen als „Diffidenten“ 219 Personen. Wie bekannt, leistet die Orthodoxy die beste Vorarbeit für die Sekten, was sich auch in Preußen zur Genüge zeigt. In Berlin sind im letzten Berichtsjahre etwa 10,000 Evangelische aus der Landeskirche ausgehoben.

Serbien entschuldigt sich.

Von österreichisch-ungarischer Seite wird aus Belgrad berichtet: Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad hatte dem künftigen Minister des Reiches des Reiches in Belgrad, Grafen Potocki, wegen der Rede, die dieser in der Staatskammer gehalten hat, Vorstellungen zu machen und ihn um den authentischen Text einiger seiner Redenungen angeben. Der österreichische Minister des Reiches hat, indem er die gewünschten Erklärungen gab, den Grafen Potocki ermächtigt, in seinem Namen dem Wiener Kabinett zu erklären, daß seine Rede keineswegs eine Aggression gegen Oesterreich-Ungarn geübt habe. Er fügte hinzu, daß irgend eine verletzende Absicht ihm fern gelegen habe, und daß er höher bebaue, wenn die Absicht, deren er sich bedient habe, um den serbischen Standpunkt in der belgischen Frage zu entwickeln, in Oesterreich-Ungarn so aufgefaßt worden sind, als ob sie von feindseligen Gefühlen gegenüber der Monarchie ausgegangen wären. Schließlich hat Wilkowitzkij seinen Zustand gemeldet, zu erklären, daß er die Kritik bezüglich innerer Fragen der Monarchie, die von einigen Rednern in der Staatskammer geübt worden ist, als mit der internationalen Verpflichtung in Widerspruch stehend ansieht und demgemäß nicht billigt.

Neue Verfälle in der Türkei.

Wie aus Konstantinopel berichtet wird, hat sich in Sischad ein neuer Verfall ereignet. Nach einer Meldung aus Beirut sind in wenigen französischen Hospitälern bisher fünf Todesfälle an Lungenerkrankung vorgekommen.

Mulch Kasid und die Franzosen.

Der „Agence Havas“ wird aus Paris vom 1. h. M. gemeldet: Der Sultan Mulch Kasid hat dem französischen Gesandten Regnault mitteilen lassen, er werde seine Absicht bekräftigen und ihn in Rabat empfangen.

Die Erdbebenkatastrophe.

Die Fortdauer der Erdbeben.

Nach Meldungen aus Montecarlo und Palmi wurden dort gestern abend zwischen 6 und 7 Uhr ziemlich heftige Erdstöße verspürt, die unter der Bevölkerung Verwirrung hervorriefen. Aus Reggio wird berichtet: Gestern mittag haben wieder heftige Erdstöße in Reggio stattgefunden. Die überlebende Bevölkerung ergrieff eine große Panik. Die Soldaten mußten die Ausgrabung der Leichen einstellen. Die Frauen schrien unter großem Gehül eine Prozession in Syene. In Palmi führten infolge des am Abend eingetretenen heftigen Erdbebens viele noch stehende Häuser und die Mauern des toten Domusches ein. Die Bevölkerung lief in wilder Eile auf die öffentlichen Plätze und erhob Protest gegen, daß noch keine Mauern erledigt seien. Der „Mattino“ berichtet, in Palermo sei in der letzten Nacht von Gehäusen unter Beschüt die fällige Reparatur ausgeführt worden, man habe starke Erdstöße verspürt. Sofort führten viele Tausende von Menschen Aufbegehren ins Freie. Die Absicht der Vertreter dieser Klassen, die Absicht war es, festzuhalten zu können. Der „Mattino“ verlangt energische Maßnahmen gegen die Urheber. Der sozialistische Abgeordnete Morganti schreibe an Reggio: Die überlebende Bevölkerung kampiert jetzt ausschließlich in Eisenbahnwagen und Aufschwüngen. Die obeligen Millionen-schuldigen Manica, die vierzig Köpfe zählt, ist glücklicherweise durch einen Wirbelwind als „Witt“ erregert zu haben. Die Zahl der bei der Erdbebenkatastrophe getöteten Personen, von über 4000, die bei der Katastrophe verstorbenen Getöteten in den ersten Tagen zugewachsen, so waren Tausende von Menschenleben gerettet worden.

Die wirtschaftliche Kritik.

Nach Palermo wird berichtet: Die Verkehrsverhältnisse auf Sizilien beginnen wieder normal zu werden. Die Eisenbahn von Palermo nach Messina ist vollständig wieder hergestellt; die Posten nach dem Kontinente sollen wieder direkt von Palermo abgehen, während sie bisher lediglich nach Syrakus oder Taormina nach Syrakus gingen, da das einzige vorhandene Kabel für den antilichen Nachrichtenverkehr zwischen